



Protokoll

10.Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Arbeit und Soziales

Sitzungstermin:	Donnerstag, 05.10.2023
Raum, Ort:	Mensa des Gymnasiums am Silberkamp, Am Silberkamp 30, 31224 Peine
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:07 Uhr

Anwesende:

Vorsitz

Herr Hartmut Marotz

Mitglieder

Herr Julius Nießen

Herr Thomas Kirchmann

Frau Miriam Riedel-Kielhorn

Vertretung für: Herrn Maik Burgdorf

Frau Antje Schulz

Herr Björn Busse

Herr Christoph Plett

Herr Martin Schampera

Vertretung für: Herrn Christian Falk

Frau Claudia Wilke

Grundmandat

Herr Karl-Heinrich Belte

Herr Günther Engelhardt

Vertretung für: Herrn Andreas Tute

Frau Birgit Reimers

Bürgervertretung

Frau Eva Schlaugat

Herr Christoph Hauschke

Herr Dirk-Heinrich Heuer

Sonstige Mitglieder

Frau Heike Horrmann-Brandt

Herr Horst Kunz

Herr Jürgen Rump

Protokollführung

Herr Frank König

Verwaltung

Frau Heike Bialek

Frau Prof. Dr. Andrea Friedrich

Frau Claudia Geyer

Frau Cordula Heimbürg

Frau Emine Öztürk

Entschuldigte:

Mitglieder

Herr Maik Burgdorf	entschuldigt
--------------------	--------------

Herr Matthias Möhle	entschuldigt
---------------------	--------------

Herr Christian Falk	entschuldigt
---------------------	--------------

Herr Jan Wouter van Leeuwen	entschuldigt
-----------------------------	--------------

Grundmandat

Herr Andreas Tute	entschuldigt
-------------------	--------------

Bürgervertretung

Herr Carsten Rauls	entschuldigt
--------------------	--------------

Verwaltung

Frau Anke Bode	entschuldigt
----------------	--------------

Frau Dr. Agnieszka Opiela	entschuldigt
---------------------------	--------------

Frau Andrea Pape	entschuldigt
------------------	--------------

Frau Jennifer Wimmer	entschuldigt
----------------------	--------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12.09.2023
- 4 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 5 Migrationsbeirat für Landkreis und Stadt Peine
- 6 Informationen der Verwaltung
- 7 Anfragen und Anregungen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Marotz (im Folgenden werden männliche und weibliche Kreistagsabgeordnete als KTA bezeichnet), eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende, KTA Marotz, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Eine Änderung der Tagesordnung wird nicht beantragt. Der Vorsitzende, KTA Marotz, stellt daher die Tagesordnung in der Fassung der Einladung fest.

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12.09.2023

Beschluss: Die Niederschrift über die 9. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Arbeit und Soziales vom 12.09.2023 wird ohne Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche mit 6 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

4. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner richten keine Frage an den Ausschuss.

5. Migrationsbeirat für Landkreis und Stadt Peine Vorlage: 2023/103

Der Vorsitzende, KTA Marotz, verweist auf die umfangreiche Beschlussvorlage.

KTA Belte beantragt die Absetzung der Beschlussvorlage von der Tagesordnung. Seit dem Jahr 2012 wurden als Beteiligungsformen bereits der Koordinierungsstab sowie die Kommission Migration und Teilhabe eingerichtet. Die Termine für die Zusammenkünfte seien häufig ausgefallen. Er verweist auf die sehr angespannten Fi-

nanzsituationen der Stadt und des Landkreises Peine und die besonderen Herausforderungen des Klinikneubaus. Das in der Vorlage aufgeführte Budget von 15.000 Euro ist nach seiner Einschätzung nicht ausreichend. KTA Belte fragt nach dem Mehrnutzen gegenüber der bisherigen Bearbeitung in den vorhandenen Fachausschüssen.

Frau Öztürk erläutert die Zielsetzung, durch den neu vom Landkreis und der Stadt Peine einzurichtenden gemeinsamen Migrationsbeirat eine Austausch- und Diskussionsplattform, wodurch Integration bzw. Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe aus einer Hand gestaltet werden kann. Bei der aktuellen Bearbeitung in den Fachausschüssen werden die Belange der Menschen mit Migrationsgeschichte nicht hinreichend berücksichtigt.

Bürgervertreterin (im Folgenden werden männliche und weibliche Bürgervertretungen als BV bezeichnet) Schlaugat betont neben dem Finanzbedarf die Wichtigkeit der besseren Abwicklung bzw. Behandlung der Belange der Menschen mit Migrationsgeschichte. Sie verweist auf die hohe gesellschaftliche Bedeutung und dankt Frau Öztürk für die umfangreiche Sachdarstellung.

KTA Riedel-Kielhorn sieht ebenfalls die Notwendigkeit der Unterstützung der Menschen mit Migrationshintergrund und sieht im neuen Gremium keine Doppelstruktur.

KTA Belte moniert, dass die betroffenen Menschen mit Migrationsgeschichte nicht über die in der Vereinbarung geforderten guten Deutschkenntnisse in Wort und Schrift verfügen. Beim neuen Migrationsbeirat sei eine ähnliche Besetzung wie in den vergangenen Jahren ohne wesentliche Verbesserungen zu erwarten.

KTA Engelhardt rechnet ebenfalls mit höheren Folgekosten als die veranschlagten 7.500 Euro für den Landkreis Peine.

KTA Wilke zitiert aus der Präambel der Vereinbarung, wonach sich der gemeinsame Migrationsbeirat insbesondere für die gleichberechtigte Teilhabe der Menschen mit Migrationsgeschichte am gesellschaftlichen Leben einsetzt. Es gilt einerseits, die Bürgerinnen und Bürger für Politik zu begeistern. Die betroffenen Menschen sind aber auch anzuhören bzw. es ist mit ihnen der Dialog zu führen, niemand darf verloren gehen.

KTA Reimers wünscht eine Aufarbeitung der in der Vergangenheit begangenen Fehler.

KTA Nießen vermisst die Vorstellung der Beschlussvorlage und regt die Abstimmung über den Antrag von KTA Belte an.

Der Vorsitzende, KTA Marotz, betont das Ziel, durch den gemeinsamen Migrationsbeirat eine Stimme für die Angelegenheiten der Menschen mit Migrationsgeschichte zu schaffen. Es gehe nicht um die Verteilung von Geldern. Entsprechend dem hohen Anteil an der Bevölkerung ist eine angemessene Beteiligung in den politischen Gremien anzustreben.

Nach einer kurzen Diskussion über die Stimmberechtigungen lässt der Vorsitzende, KTA Marotz, die Ausschussmitglieder über den Antrag von KTA Belte abstimmen.

Beschluss:

Der Antrag von KTA Belte, die Beschlussvorlage 2023/103 zur Einrichtung eines Migrationsbeirats für Landkreis und Stadt Peine von der Tagesordnung abzusetzen, wird mit 9 Nein-Stimmen bei 0 Ja-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Bei der Fortsetzung der Sachdiskussion antwortet Frau Öztürk auf die Frage von KTA Hauschke nach den angestrebten Verbesserungen, dass es bundesweit positive Beispiele für gemeinsame Migrationsbeiräte von Landkreisen und Städten als gemeinsame Entscheidungsfindungsgremien gibt.

Dezernatsleiterin (im Folgenden werden männliche und weibliche Dezernatsleitungen als DL bezeichnet) Prof. Dr. Friedrich verweist auf die bereits bestehende gute Zusammenarbeit mit der Stadt Peine bei der Planung der Inklusionskonferenz und bei der Arbeit im Behindertenbeirat.

Sie skizziert den Ressourcen- bzw. Fachkräftemangel in der Verwaltung, der auch im Dezernat 3 der Kreisverwaltung eine zunehmende Bedeutung bei der Aufgabenbewältigung erfährt. Durch das neue Gremium können die erforderliche Partizipation und die unterschiedlichen Bedarfe der Menschen mit Migrationsgeschichte umgesetzt werden.

Frau Öztürk erklärt, dass nicht nur die neu zugewanderten Migranten im Fokus stehen. Aktuell haben ca. 24 Prozent der Menschen im Landkreis Peine einen Migrationshintergrund. Teilweise leben sie bereits seit vielen Jahren bzw. mehreren Generationen vor Ort. Bei der Diskussion über die akute Problemlage des Peiner Südstadtquartiers betont sie u.a. die Wortwahl „Ghetto“, das in Folgeveranstaltungen der Integrationskonferenz benutzt wurde. Abschließend fordert sie, mit dem gemeinsamen Migrationsbeirat eine Brücke für die Betroffenen zu bauen, um auch das Interesse an der politischen Mitwirkung zu stärken.

BV Schlaugat erläutert, dass nicht alle Themen politisch schnell umsetzbar sind. Sie sieht aber dringenden Handlungsbedarf im Landkreis und in der Stadt Peine.

Für KTA Schampera ist es wichtig, dass der neue Migrationsbeirat die vorgesehenen Anhörungen im Kreistag bzw. dem Stadtrat auch einfordert.

KTA Reimers wünscht sich, dass die Hilfsangebote ggfs. mit finanziellen Mitteln begleitet werden.

KTA Wilke regt für die ausstehende Beschlussfassung im Kreistag an, dass die Beschlussvorlage vorab erläutert wird.

Da keine weiteren Wortbeiträge vorliegen, lässt der Vorsitzende, KTA Marotz, über die Vorlage zur Einrichtung eines Migrationsbeirats für Landkreis und Stadt Peine abstimmen.

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag zur Einrichtung eines Migrationsbeirats für den Landkreis und die Stadt Peine wird mit 9 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Um die Stimmberechtigungen im Ausschuss transparent zu machen, regt der Vorsitzende, KTA Marotz, an, analog der Vorgehensweise in anderen Gremien einen entsprechenden Hinweis auf den Namensschildern anzubringen.

Beschluss:

1. Die durch Beschluss des Kreisausschusses vom 14.06.2017 eingerichtete Kommission Migration und Teilhabe im Landkreis Peine wird aufgelöst.
2. Der Landkreis und die Stadt Peine gründen einen gemeinsamen Migrationsbeirat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Enthaltung/en:

6 . Informationen der Verwaltung

Fachdienstleiterin (im Folgenden werden männliche und weibliche Fachdienstleitungen als FDL bezeichnet) Geyer erinnert an ihre Vorstellung der Fortführung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Sozialgesetzbuch (SGB) II in der letzten Ausschusssitzung. Aufgrund der massiven Widerstände aller Bundesländer, dem Bundesrechnungshof sowie zahlreicher Verbände, Institutionen und Vereinigungen hat das BMAS von der geplanten Überführung der Arbeitsförderung für junge Menschen unter 25 Jahren vom SGB II in das SGB III Abstand genommen.

Die erforderlichen Einsparungen will das BMAS stattdessen durch die Verlagerung der Rehabilitation sowie die Förderung der beruflichen Weiterbildung von Bürgergeld-Empfängern in das SGB III erreichen.

FDL Geyer bedankt sich ausdrücklich bei den Ausschussmitgliedern, die sich in verschiedener Funktion an der umfänglichen Kritik beteiligt haben.

FDL Bialek berichtet, dass dem Landkreis Peine aufgrund der vom Land Niedersachsen vorgesehenen Quote im nächsten halben Jahr 636 geflüchtete Menschen zugewiesen werden. Aufgrund der aktuellen Übererfüllung von knapp 500 geflüchteten Menschen ist mit der Verteilung von 16 geflüchteten Menschen pro Woche zu rechnen. Nach derzeitiger Einschätzung können sie dezentral untergebracht werden.

Aufgrund des aktuellen Zugangs von 1.300 geflüchteten Menschen pro Woche sind die Aufnahmekapazitäten von rund 10.000 Plätzen im Land Niedersachsen zu 90 Prozent ausgelastet.

Anschließend informiert DL Prof. Dr. Friedrich über die aktuellen Beratungen des Kreishaushalts für das Jahr 2024. Aufgrund der sehr schlechten Zahlen ist ein Haushaltssicherungskonzept erforderlich. Alle Fachdienste sind aufgefordert, Einsparpotenziale bei den freiwilligen Aufgaben und Pflichtaufgaben zu benennen, deren Umsetzung von der Politik zu bewerten ist.

Die Kreisverwaltung befindet sich auch im Austausch mit anderen Kommunen, insbesondere bezüglich der Auskömmlichkeit der finanziellen Ausstattung. Mit Bezug auf die aktuelle Diskussion zum Thema Unterbringung von geflüchteten Menschen in den Gemeinden verdeutlicht DL Prof. Dr. Friedrich auch deren finanziellen Engpässe. Auch die hohen Kostenbelastungen durch das Klinikum und den ÖPNV sind zu berücksichtigen.

Bei der Zielsetzung der Genehmigung des Kreishaushalts ist gegenüber dem Land der zusätzliche Aufwand durch neue Aufgaben ohne Gegenfinanzierung zu verdeutlichen.

7 . Anfragen und Anregungen

BV Schlaugat fragt, ob im Bereich der hausärztlichen Versorgung ein finanzieller Anreiz für die Neuansiedlung von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten analog einem

Beispiel in der Gemeinde Lengede angedacht ist. Sie skizziert die altersbedingten Auswirkungen, die zu einem gravierenden Wegfall des Bestandes führen. Sie regt eine politische Diskussion über die Möglichkeiten einer Förderung an.

KTA Schampera verweist auf ein negatives Beispiel, dass aufgrund der Förderung ein Arzt aus einem Nachbarkreis abgezogen wurde. Das gilt es zu vermeiden.

DL Prof. Dr. Friedrich bestätigt die Engpässe im Bereich der hausärztlichen Versorgung. Das wurde auch im neuen Fachkreis Medizinische Versorgung behandelt und die Notwendigkeit der finanziellen Anreizwirkungen für die Neuansiedlung von Ärzten und Ärztinnen formuliert.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende, KTA Marotz, diesen Tagesordnungspunkt und um 18:07 Uhr die Sitzung.

Hartmut Marotz
Ausschussvorsitz

Prof. Dr. Andrea Friedrich
Kreisrätin für Soziales

Frank König
Protokollführung